



Am Montagabend wurde Badar Khan Suri, ein indischer Staatsbürger und Postdoktorand an der Georgetown University, vor seinem Wohnsitz in Arlington, Virginia, von Beamten des Department of Homeland Security (DHS) festgenommen. Die Behörden werfen ihm vor, Verbindungen zur palästinensischen Hamas zu unterhalten und antisemitische Propaganda zu verbreiten. Suri, der sich mit einem Studentenvisum legal in den USA aufhält, wurde zunächst in eine Haftanstalt in Virginia gebracht und später nach Louisiana verlegt, wo er auf seine Anhörung vor dem Einwanderungsgericht wartet.

Die Vorwürfe im Detail

Laut DHS soll Suri über soziale Medien Inhalte verbreitet haben, die als Unterstützung für die Hamas und als antisemitisch gewertet werden. Konkrete Beweise für diese Anschuldigungen wurden bislang nicht öffentlich gemacht. Sein Anwalt, Hassan Ahmad, betonte, dass Suri keinen kriminellen Hintergrund habe und die Vorwürfe unbegründet seien. Er vermutet, dass die Festnahme im Zusammenhang mit der palästinensischen Herkunft von Suris Ehefrau, einer US-Staatsbürgerin, stehe und dass beide aufgrund ihrer Unterstützung für palästinensische Menschenrechte ins Visier geraten seien.

Reaktionen der Universität und des Umfelds

Die Georgetown University zeigte sich überrascht über die Festnahme. Ein Sprecher der Universität erklärte, man habe keine Kenntnis von illegalen Aktivitäten Suris und betonte, dass er sich legal im Land aufhalte, um seine Doktorarbeit über Friedensbildung im Irak und in Afghanistan fortzusetzen. Suris Ehefrau, Mapheze Saleh, stammt aus Gaza und hat unter anderem für den Sender Al Jazeera gearbeitet. Ihr Vater, Ahmed Yousef, soll als politischer Berater der Hamas tätig gewesen sein. Diese familiären Verbindungen könnten laut Beobachtern eine Rolle bei den Anschuldigungen gegen Suri spielen.

Politischer Kontext und vergleichbare Fälle

Die Festnahme Suris erfolgt vor dem Hintergrund einer verschärften Haltung der Trump-Regierung gegenüber pro-palästinensischen Aktivisten. Erst kürzlich wurde Mahmoud Khalil, ein Absolvent der Columbia University und Green-Card-Inhaber, unter ähnlichen Vorwürfen festgenommen. Präsident Trump kündigte an, dass diese Maßnahmen Teil einer umfassenderen Strategie seien, um gegen Personen vorzugehen, die als Unterstützer terroristischer Organisationen gelten.

Rechtslage für ausländische Forscher in den USA



Ausländische Wissenschaftler wie Suri, die mit einem H-1B-Visum in den USA tätig sind, dürfen in der Regel für bis zu sechs Jahre im Land arbeiten. Dieses Visum richtet sich an hochqualifizierte Fachkräfte und erfordert eine Stellenzusage eines US-Arbeitgebers. Trotz legalen Aufenthaltsstatus können Visa jedoch widerrufen werden, wenn die Behörden der Ansicht sind, dass die betreffende Person eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellt. In solchen Fällen greifen oft Bestimmungen wie der Foreign Agents Registration Act (FARA), der Personen verpflichtet, ihre Tätigkeit im Auftrag ausländischer Interessen offenzulegen.

Kritik und Bedenken

Menschenrechtsorganisationen und Bürgerrechtsgruppen äußern Besorgnis über das Vorgehen der Regierung. Sie argumentieren, dass die aktuellen Maßnahmen gegen pro-palästinensische Aktivisten die Meinungsfreiheit einschränken und politisch motiviert seien. Der Einsatz von Gesetzen wie dem Alien Enemies Act von 1798, das ursprünglich gegen feindliche Ausländer in Kriegszeiten gerichtet war, wird als problematisch angesehen, da es zur Beschleunigung von Abschiebungen genutzt wird.

Ausblick

Der Fall von Badar Khan Suri wirft Fragen über die Balance zwischen nationaler Sicherheit und den Rechten von Einzelpersonen auf. Während die Regierung betont, gegen Bedrohungen vorzugehen, warnen Kritiker vor einer möglichen Politisierung von Strafverfolgungsmaßnahmen. Der Ausgang dieses Falls könnte Präzedenzcharakter haben und die zukünftige Behandlung von ausländischen Forschern und Aktivisten in den USA beeinflussen.

Von Andreas Brucker